

Ersteinst täglich  
nachmittags mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis  
monatlich 60 Pf., 1/2jährlich 1.50 Mk.  
proann. frei ins Haus. Durch  
die Post bezogen 1.65 Mk.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage), durch  
die Post nicht bezogen, kostet  
monatlich 10 Pf., 1/2jährlich 80 Pf.

# Volkshlatt

Inserionsgebühr  
beträgt für die 6spaltige  
Zeile über dem Raum  
15 Pf., für Wohnungs-,  
Berufs- und Veranlagungs-  
anzeigen 10 Pf.

Inserate für die fällige  
Nummer müssen spätestens bis  
vormittags 1/10 Uhr in der  
Expedition anliegen sein.

Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 6886.

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfeld der Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Böbergasse.

Telegraph-Adresse: Volkshlatt Halle/Saale.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 210.

Halle a. S., Donnerstag den 8. September 1892.

3. Jahrg.

## Parteigenossen!

- Der Boykott dauert unverändert fort!
- Laßt Euch durch die von unseren Gegnern ausgebreiteten Gerüchte, daß der Boykott aufgehoben werden sollte, nicht betören!
- Nur in öffentlicher Volksversammlung kann über die Aufhebung des Boykotts entschieden werden!
- Setzt darum einig und fest als gute Parteigenossen zusammen und meidet Mann für Mann das boykottierte Bier, damit unserer Partei keine Schande und Schmach erwache!

## Ein Ende mit Schrecken.

Wenn die Sozialdemokratie die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände des Volkes oder seiner Vertretung gelegt wissen will, so spricht sie damit eine Forderung aus, die von der Mehrzahl aller zivilisierten Menschen geteilt wird.

Die Völker verlangen den Frieden, und wäre nicht Presse- und Redefreiheit gleich einem gemeinen Verbrecher an Händen und Füßen gebunden, so würde man vor dem Bedürfnis der Völker nach Frieden, ihrem heiligen Recht auf Frieden Dinge zu hören bekommen, die gewisse Leute heute kaum zu ahnen vermögen. Wie außerordentlich leicht man sich im lauten deutschen Vaterlande, dem gesichert in Heim des Militarismus, Mund und Finger verkerren kann, ist bekannt; darum aber wird es Pflicht unseres Reichstages sein, dem alles verschlingenden Moloch das zu sagen, was diesem majestätischen Ungeheuer von anderer Stelle aus nicht so leicht in die Ohren geschleudert werden kann.

Man sage doch einmal in dieser schweren Zeit einer wirtschaftlichen Krise unsere Händler, Handwerker, Wäbner und Bauern, unser Stab- und Landproletariat, also die erdrückende Majorität des deutschen Volkes, ob sie den Krieg dem Menschenrecht auf Frieden vorziehen. Die den Krieg verabscheuende Antwort kann von dieser Seite nicht zurückbleiben, nur die herrschenden Klassen, welche die „revolutionäre“ Friedensforderung verwerfen, halten — wenn schon nicht geschlossen — den Krieg prinzipiell wie ein Elends- oder Klassenvermächtnis, wie „ein Glied in Gottes Weltordnung“ hoch.

So schrieb der Graf Moltke an den bekannten Staatsrechtler Bluntzsch in Heidelberg über die Idee des Friedens:

„Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entsalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsigung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einlegung des Lebens.“

Moltke meint dann weiter, daß der Krieg zwar bestehen bleiben, aber „human“ geführt werden müsse. Für „die

Humanität der Kriegsführung“ sei auch die Einführung der allgemeinen Dienstzeit von Bedeutung gewesen. Darüber heißt es in dem erwähnten Brief:

„Ein wichtiger Schritt zur Erreichung des erwünschten Zieles ist in unseren Tagen die Einführung der allgemeinen Militärflicht gewesen, welche die gebildeten Stände in die Armeen einreißt. Freilich sind auch die rohen und gemaltätigen Elemente geblieben, aber sie bilden nicht mehr wie früher den alleinigen Bestand.“

Offenbar glaubt also Moltke, daß das „Glied in der göttlichen Weltordnung“ durch die Einwirkung der „gebildeten Stände“ wesentlich verleinert und vervollkommnet ist; schmerzlich aber dürfte er bedacht haben, daß gerade die „rohen und gemaltätigen Elemente“ vom Krieg und Kriegshandwerk, nebst allen Gebrühen der Entfittlichung und Barbarei, die sie in ihrem Gefolge haben, nichts wissen wollen. Unbegreiflich aber war es dem Generalstabsoffizier, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht von einzelnen Personen, sondern von den Völkern oder ihren gewählten Vertretern bestimmt werden konnte.

Kamte er nicht das gedankenschwere Wort Immanuel Kants „Zum ewigen Frieden“, in welchem sich der Bahnbrecher der modernen Philosophie gegen die stehende Heere und für die republikanische Staatsform ausspricht?

Wir beziehen uns auf die nachstehende Stelle der vorher erwähnten berühmten Schrift:

„Die republikanische Verfassung hat außer der Lauterkeit ihres Ursprungs, aus dem reinen Duell d. s. Rechtsbegriffes entspringen zu sein, noch die Aussicht in die gewünschte Folge, nämlich den ewigen Frieden. Von der Grund dieser ist: — Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann) die Bestimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ob Krieg sein solle oder nicht“, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssen, sie sich sehr bedenkten werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen: Dahingegen eine Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger, diese also nicht republikanisch ist, es die unbedeutliche Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staats-eigentum ist, an seinen Töten, Jagden, Luftschiffen, Hoffesten und dergleichen durch den Krieg nicht das Mindeste einbüßt, diesen also, wie eine Art von Luftpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen und der Anständigkeit wegen dem dazu absetzten fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann.“

Ueber Staatseigentum und Staatsgenossenschaft im Sinne Kants wollen wir hier nicht zeitgemäße Betrachtungen anstellen, sondern nur kurzweg folgern: Wer gegen Krieg und Kriegsgesetz ist, der muß sich auch gegen die verhärteten Ausgebungen erklären, die von den verbundenen deutschen Regierungen jetzt geplant werden. Man verachtet eine neue starke Erhöhung des Jahrestontingents durch Vermehrung der Friedenspräsenz durchzuführen. 1880 wurden noch 140 000, 1890 bereits 182 836 Mann ausgehoben, mit den „Frei-

willigen“ 208 147, mit den Erlösgrößen 228 147 Rekruten. — Schon wieder genügt es nicht.

Sehen wir von den ordentlichen Rekruten in Höhe von jährlich etwa 100 Millionen Mark ab und fragen wir nur: Woher sollen diese Soldaten eigentlich kommen? —

In dem Artikel der Nr. 198 des „Volkshlatt“ über einjährige Leinzeit zeigten wir, daß unter Erlösgrößen bereits schwächliche, jedenfalls nicht lehrerfreie und teilweise maffenunfähige Leute seien. Will man also noch mehr Rekrutenmaterial im Dienste des Militarismus verwenden, dann wird man die für körperliche Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit künftig weit geringere Anforderungen stellen, als das bisher üblich war.

Wohin soll das führen, und wo ist eine Grenze? Es können doch schließlich nicht Krüppel, Lahme und Blinde oder die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsfähiger Eltern, Großeltern oder Geschwister eingestellt werden.

Wie dem auch sei, die Militärvorwaltung wird bei einer Verstärkung der Aushebung um 200 000 Mann hauptsächlich mit einer bedeutend geringeren körperlichen Tüchtigkeit für sich nehmen.

Wie lange noch wird der Deutsche sich anschauen lassen: Mehr Geld und mehr Soldaten für die Kolonialpolitik, für die Flotte, für das Landheer!

Dazu unsere mehr als bedenkliche Finanzwirtschaft: die Eisenbahnüberschüsse können uns nicht herausreichen; im Kriegsfalle bringen die Eisenbahnen trotz eines Wertes von sechs Milliarden nichts ein, während die Betriebskosten mit jährlich 900 Millionen fortlaufen. Und wo Deckung hernehmen? Die Haupteinnahmen aus den Reichszöllen, aus Landwirtschaft, Industrie und Handel versiegen. Hierzu die sofortigen Kosten für ein mobilisiertes Heer, einen europäischen Krieg. Da giebt es weder Deckung, noch — Rettung vor dem Staatsbankrott.

Wir sind der Ansicht, daß jedes Ding seine Grenzen hat. Das trifft auch auf den Militarismus zu, als auf die Steuerkraft und die Geduld des deutschen Volkes zu; leider hat sich der neue Kurs so verhalten, daß es weder zu Wasser noch zu Lande weitergeht. Er begreift das nicht, und darum muß der Reichstag ihm die Situation so begründlich machen, daß er wenigstens eine Abwendung davon erhält, daß es in der Evidenzzeit des Auftretens der Cholera und der sie begleitenden stalinischen kapitalistischen Zustände denn doch höhere kulturelle Aufgaben giebt, als die Pflege und Fütterung des immerwährenden Militarismus.

Das muß geschehen, denn die Moloch-Politik steuert dem Ende zu — einem Ende mit Schrecken.

## Volkstische Rundschau.

Der Reichshaushaltsetat für 1893/94, welcher im November im Reichstage zur Vorlage gelangt, wird nur sehr knapp im Rahmen sein, die Mittel-berechtigungen selbst für die jetzigen Zwecke, welche schon bis jetzt gleichmäßig festgelegt worden sind. In den Etat des laufenden Jahres konnte noch ein Ueberschuß eingestellt werden aus 1890/91 in Höhe von

61]

## Am Wechsel der Zeit.

Reigenwälder Roman in drei Bänden  
von H. Otto Walfer.

(In neuer vom Verfasser bewerkter Bearbeitung.)

„Ja, Sie halten treu zu einem, bis Sie eines anderen ansichtig werden.“

„Wird schwarze Verleumdung, bloß deshalb vorgebracht, um sich einem kleinen Freundschaftsdienste zu entziehen!“

„Und jetzt kennen Sie mich selbst in der gewissenhaftesten Weise an, kleiner Knobd, der Sie sind.“

„Sie haben ja das Mittel in Händen, mich zu widerlegen.“

„Ich will sehen, was sich thun läßt; einstweilen werde ich mit Herrn Weis sprechen und ihm begründlich machen, daß man auf solche Liebesgötterinnen, wie Sie, höchstens Liebespeile schicken darf.“

„Ach wie hüßlich, wie gestreift Sie das nun gesagt haben. Kein Leutnant könnte es mit Ihnen aufnehmen. Und nun darf ich Sie wohl auch einmal bei mir erwarten?“

„Ich werde mir's zur Ehre schätzen, ichönstes Götterkind,“ erwiderte der Professor galant und geleitete die Dame aus dem Zimmer.

Als er aber wieder zum Schreibpulte zurückgekehrt war und die fatale Verleumdung von neuem erblickt, umwühlte sich die noch eben so heitere Stirn, und seine Heiterkeit legte sich nicht zurück, als nach bezugslosem Ansehen ein ziemlich stiller Herr ins Zimmer trat, der ihm vertraulich, aber beinahe etwas herablassend begrüßte.

„Ah, Sie sind es, Herr Findeisen, es freut mich, Sie wohl zu sehen,“ rief der Redakteur.

„Glaube kaum, Herr Professor, glaube kaum,“ war die Antwort.

„Ja, warum das, Herr Findeisen?“

„Weil Sie sonst schon längst einmal zu mir gekommen wären.“

„Geschäfte, ach Sie haben keinen Begriff von der Endlosigkeit der Redaktionsgeschäfte!“

„Ausflüchte, Herr Professor, Ausflüchte! Sie müssen doch zu Mittag essen und wissen, daß für Sie bei mir jederzeit offene Tafel ist.“

„Ich werde an einem der nächsten Tage vor dieser freundlichen Einladung Gebrauch machen. Aber, entschuldigen Sie, Herr Findeisen, ich bin noch nicht im Frum, wenn ich annehme, daß Sie die Freundschaft nicht allein herübergeführt hat?“

„Zunächst und hauptsächlich war dies allerdings der Fall. Nur wollte ich Sie außerdem so nebenbei freundschaftlich daran erinnern, daß Sie mir verschaffen, einmal ein Artikelchen über meine neuen ausgearbeiteten Möbel zu bringen.“

„Ueber Ihre ausgearbeiteten Möbel? Ah, Herr Findeisen, haben wir nicht erst in vorletzter Woche einen erschöpfenden Artikel darüber gebracht?“

„Wäre ich Tage lang eine lange Zeit, lieber Professor! Das Publikum ist gar zu vergesslich.“

„In diesem Zweck haben Sie doch eine tägliche Anzeige in unserem Blatte.“

„Das zieht nicht genug, da geht das Publikum darüber hinweg. Wenn aber die verehrliche Redaktion etwas darüber schreibt, dann hat das eine ganz andere Bedeutung, denn die meisten Menschen glauben nur an das, was sie lesen. Soweit reicht ihr Verstand nicht, um zu verstehen, daß der Zeitungs-schreiber gerade so gut, oder noch besser zu lügen versteht, als andere Menschenfinder.“

„Ich danke Ihnen für dieses Kompliment; doch davon

abgesehen, müssen Sie mir auch bedenken, daß Sie sich allein solche Möbel fabrizieren, und wir können gegen Herr Goldhahn, der neueste englische Modelle aufgebracht hat, nicht ungerne sein, zumal er uns doch auch sehr viel für Anzeigen bezahlt.“

„Goldhahn ist ein Schwindler, ein Reibhammel, der mir Konturrenz zu machen wagt, obwohl er mit seinem kleinen Kapital immer zwischen Leben und Sterben schwankt. Ich werde ihm aber jetzt den Todesstoß geben, denn ich habe noch neuere Modelle aufgetrieben, möchte nun aber gern vorher mit dem alten Lager aufräumen. Damit Sie sich nun überzeugen, daß ich wirklich das Neue und Elegante liefere, habe ich mir erlaubt, noch Ihrem Garten sowohl wie nach dem Herrn Weisbach einige neue Gartenmöbel bringen zu lassen. Sie nehmen mir's doch nicht übel, lieber Professor?“

„Sie sind ein galanter Mann, Herr Findeisen, und wir werden das Unterze thun; aber würden Sie nicht besser thun, den alten Vorrat gleich einzuschmelzen?“

„Ich will doch vorher gehen, ich ich nicht mit Hilfe der Zeitung noch an die Leute bringen, denn ich brauche jetzt viel Geld; Sie wissen, das Unglück mit meinem Sohne...“

„Sie scherzen, Herr Findeisen, ein Mann wie Sie...?“

„Ja, das sieht sich so an, aber wir Geschäftleute denken hierüber anders. Wenn man sich so das ganze Jahr plagt, dann will man am Ende beschließen auch ein anständiges Einkommen erträglich haben, sonst hole der Teufel die ganze Biaderei und Sorge. Ein Milliardchen — ach für jedes meiner beiden Kinder herauskommen, das ist nun einmal mein Ehrgeiz. Denken Sie nur, wenn man fünfshundert Arbeiter ernährt, da muß man's doch wenigstens so weit bringen können?“

„A propos, was Ihre Arbeiter betrifft, so erzählt man sich, daß dieselben gegenwärtig sehr unruhig sind?“

15 608 201 M.; der für den nächsten Etat verfügbare Ueber-  
schuß des Jahres 1891/92 beträgt aber nur 3 951 281 M.  
Der Unterschied gegen das Vorjahr ergibt also schon von  
vornherein zu ungünstigen des nächsten Reichshaushalts  
einen Einnahmeausfall von rund 11 Millionen M. Weiter  
kommen in Betracht die steigenden Ausgaben zur Durchfüh-  
rung des Gesetzes über die Invalidenversicherung. Für 1891/92  
waren für diese 6 229 260 M., für 1892/93 9 213 838 M.  
ausgeworfen. Mit der Vermehrung der Altersrenten und der  
Invaliden wächst auch fortgesetzt die Summe der Reichs-  
zuschüsse, bis erst nach 56 Jahren der Beharrungsstand er-  
reicht sein wird. Schon jetzt hat sich der Jahresbedarf um  
einige Millionen höher herausgestellt, als man seinerzeit bei  
Vorlage des Gesetzes berechnet hatte. Es werden also zum  
mindesten 3 Millionen M. Reichszuschüsse mehr als im  
vorjährigen Etat einzustellen sein. Dazu kommt der Mehr-  
bedarf an Zinsen für die wachsende Reichsschuld.  
Der letzte Etat bilanzierte aus Zuschüssen aus Anleihen in  
Höhe von 147 Millionen M. Man wird an Zinsen hierfür  
etwa 5 Millionen M. in Aussicht nehmen müssen. Dazu kommt  
nun noch die fortwährende Steigerung des allgemeinen Pen-  
sionsstandes um jährlich etwa 2 Millionen M. infolge der neuen  
Pensionsgesetzgebung und des Umstandes, daß nicht in dem Maße  
mehr wie früher Pensionen auf den Reichsinvalidenfonds  
übertragen werden können. Aus Vorstehendem ergibt sich  
schon ein Mehrbedarf von 21 Millionen M., auch wenn die  
verschärfte Aufsicht des Reiches seinerzeit neue  
Ausgaben annehmen. Wenn aber jene Vermehrung des Marine-  
personals, wie sie im vorigen Jahre in Aussicht genommen  
ist, fortgesetzt werden soll und nicht eine erhebliche Einschränkung  
der Ausgaben der Marine eintritt, so erwächst  
allein bei den dauernden Ausgaben des Marineetat's ein Mehr-  
bedarf von 3 Millionen M.

**Die kapitalistischen Steuerentwürfe** scheinen im Ver-  
trauen auf die verständnisvolle Bereitwilligkeit des preussischen  
Finanzministers üppig ins Kraut. So legt z. B. ein frei-  
williger Steuerpolitiker den Finger an die Nase und  
beklammert folgendermaßen:

„Am deutschen Brauereigebiete (mit Ausschluß von  
Bayern, Württemberg, Baden und Elb-Lothringen) wurden  
in der Periode 1890/91 über 33 Millionen Hektoliter Bier  
getrunken. Eine Verbrauchssteuer auf Bier von  
5 M. pro Hektoliter, durch welche sich der Sei-  
del Bier um etwa 2 Pf. verteuern würde, möge  
eine Einnahme von 165 Millionen Mark er-  
geben, das ist mehr als die Hälfte sämtlicher Militär-  
beiträge, welche sich mit ihr um die Hälfte vermindern wür-  
den. Auf Preußen allein entfiel dann ein Gewinn von  
über 80 Millionen und wir brauchen die ganze Ver-  
mögenssteuer überhaupt nicht.“

Das ist gewiss ein reizender Vorstoß! Das Bier brachte  
im deutschen Brauereigebiete 1891 und 28 Millionen  
Mark Steuer und belastete damit den Kopf der Bevölkerung  
mit rund 70 Pf. Wenn 165 Millionen Mark aus dem  
Bier herausgeschlagen werden sollten, so müßten aus jeder dem  
Vorteil angehörenden Rente statt etwa 70 Pf. gegen 4 M.  
herausgeschlagen werden, und da man mit Recht nur Gehalt  
des gesamten Bierkonsums auf die wenig und geringlich Ver-  
siegenden rechnen kann, so würden mit Hilfe dieser neuen  
Steuer 115—120 Millionen Mark jährlich fortan aus dem  
armen Volke, der großen Masse der Bevölkerung mehr als  
bisher herausgeschlagen werden. Das ist allerdings bei  
weitem mehr, als Herr Miquel mit Hilfe seiner Vermögens-  
steuer aus den Taschen der Reichen, die nach seiner Berech-  
nung mindestens 100 Milliarden besitzen, für seine Staats-  
zwecke flüssig zu machen gedachte.

Wenn es also der dringende Wunsch der preussischen  
Herren Volksvertreter sein sollte, so würde Herr Miquel  
freundlich lächelnd die 50 Millionen seines Vermögenssteuer-  
projektes sähren lassen und die 130 Millionen Mehrertrag  
der schon auskalkulierten Biersteuer einstecken.

Der aber, das Wort, hätten das große Vergnügen, wieder-  
einmal die armen Reichen von der drohenden Steuerbelästigung  
befreit zu haben — mit lumpigen 2 Pf. mehr für den  
Seidel Bier.

In einer Polemik gegen die „**Ründerker Post**“ stellt das  
sach. Münchener „**J. H. B.**“ den stark pharisäischen Satz auf:

„Ja, sie wollen mehr Lohn haben, die Nummerlätze; ich  
habe aber keine Wirtschaft gemacht und die Rädelstücker  
ohne weiteres fortgesetzt.“

„Man spricht neuerdings von einer Arbeitseinstellung, die  
in ihrer Natur eintritt.“

„Eine Arbeitseinstellung, ein Streik, das sind englische Er-  
findungen, die mich nur lachend machen; meine Leute wissen  
nicht einmal, daß dies Wort einen Streik ausgesprochen  
wird, geschweige, was sollte denn überhaupt dabei herauskommen?  
Die Kerle haben ja nichts, wozu wollen sie denn leben?  
Ich würde sie ruhig hungern lassen, bis sie sich auf Gnade  
und Ungnade ergeben. Hunger ist das beste Zwangsmittel,  
und es sollte mir ein derartiges Ereignis ganz willkommen  
sein, denn die Leute werden täglich übermüdet.“

„Ihr Sohn befindet sich auf dem Wege der Abfertigung,  
wie ich gehört.“

„Ja, es war eine Kinderei. Denken Sie nur: ein Mann,  
der eine Million erben soll, will einen Selbstmord begehen!  
Wahrlich im höchsten Grade! Ach, Herr Professor, was  
einem die Kinder für Not und Vergor machen!“

„Er hatte sich, wie ich höre, in ein Bürgermädchen ver-  
liebt, das nichts von ihm wissen wollte.“

„Nichts von ihm wissen wollte? Herr Professor, wie Sie  
das so sagen können! Von einem Manne, dessen Vater  
nahezu zwei Millionen besitzt, will jedes Mädchen etwas  
wissen. Die Sache ist einfach die: sie traut ihm nicht, und  
das ist mir lieb, denn ich will mit meinem Jungen höher  
hinauf. Doch er aber um ihretwillen beinahe 20 000 Taler  
Schulden gemacht hat, habe ich ihm nur auf dem Kranken-  
lager vergehen können.“

„Zwanzigtausend Taler! Das ist für Sie doch nur eine  
Kleinigkeit, Herr Findeisen, die schlagen Sie doch, in ge-  
wöhnlichen Zeiten, des Jahres dreimal zusammen.“

„Zielbewußte Genossen (also Sozialdemokraten) brauchen den  
„Klassen“ erst dann, wenn es zum Sterben geht und es  
meist zu spät ist.“ — Hierzu sagt das ebenfalls sach. „**Bayr.  
Vater.**“ des Dr. Si. biffig: Wirklich nur „zielbewußte  
Genossen“? Wir kennen diverse „Katholiken“, die nicht  
weniger als Sozialdemokraten sind, welche seit ihrer Ent-  
lassung aus der Schule oder ihrer Verheiratung, „der  
„Klassen“ nicht mehr gedenken“, aber gleichwohl nicht  
bloß heilige Zentrunsdwähler, sondern sogar mit an der  
„Spitze“ sind, die Arm in Arm mit Domherren und Prä-  
sidenten gehen und bei denen Religion“ entschiedene „Privat-  
sache“ ist — „zielbewußte“ sogenannte „Geschäfts-  
katholiken“. Das „**J. H. B.**“ hat also keinen Grund in  
anbetracht dieser feigen Zentrunsdwähler sich in die Brust zu  
werfen und besser sein zu wollen, als diese „zielbewußten“  
Höllner!

**Sozialdemokratische Kaution** abgelehnt. Die „**Sächs.  
Arbeitszeitung**“ schreibt: Genosse Paul Jahn, der wegen  
„Gotteslästerung“ zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wor-  
den war, hatte zwecks Durchführung seiner Revision die  
Hofentlassung wegen Kaution beantragt. Sie war abge-  
lehnt worden, weil die Kaution vermuthlich von Partei-  
genossen gestellt würde und deshalb „keine Sicher-  
heit“ gegen die Flucht böte.“ Der Verteidiger hatte  
Schwierigkeiten erhoben, indem er ausführt, daß für jeden an-  
sinnigen Menschen gerade dann die Möglichkeit der Flucht  
ausgeschlossen ist, wenn andere für ihn Kaution gestellt  
haben, auch das nicht ein einziger Fall bekannt ist, in dem  
ein Sozialdemokrat unter Preisgebung einer von Genossen  
gestellten Kaution die Flucht ergriffen hätte. Diese Er-  
wägungen hat jedoch das Kammergericht in seinem nach  
dem 2. und 3. Wochentage ergangenen Beschlusse für „unbegründet“  
erklärt, „weil der Verfall einer wenn auch hohen Kaution für  
jeden einzelnen der zahlreichen Wähler ein unbedeutender Ver-  
lust sei.“ Welche Unsummen würden wohl bei der Anlage-  
gewandtheit unserer Staatsanwälte jährlich verbraucht werden,  
wenn wir wirklich die Verfahren befolgten, die Genossen  
gewissermaßen loszulassen? — Es ist kein laueres Rechen-  
exempel, zu finden, daß die Genossen dann die Beiträge zur  
Partei nicht mehr einschicken könnten. Leider ist die Ent-  
scheidung des Kammergerichts unanschreibbar. Jahn ist des-  
halb gezwungen, seine Revision zurückzugeben, wenn er nicht  
noch viele Monate in der Haft zubringen will. Man hat  
nicht mit Unrecht die Wirkung der Untersuchungshaft mit der  
der Tortur verglichen, durch welche man die Wahrheit zu  
ermitteln meinte, und die doch nur ein Schuldbekennnis her-  
vorbroughte.

Die „**Kreuzzeitung**“ sagt in einer Besprechung der  
Wahl in Herford-Galle: „Der Sieg der Konservativen  
in diesem Wahlkreis ist und bleibt von prinzipieller Bedeu-  
tung. Das beweist die Haltung der Wähler, die Petion des  
Gewählten und die vornehm-sachliche Führung des  
Wahlkampfes.“ Hieran scheint das Blatt die  
Frankfurter- und Sprengelverhandlungen des Pastors Hückauf  
für vornehm und die Knüttel der Bauerzunge dieses Dieners  
am Wort für sachliche Argumente zu halten.

**Grober Unfug.** In unserem Magdeburger Bruderorgan,  
der „**Volksstimme**“ lesen wir:

„Am 3. September enthielt die „**Volksstimme**“ zwei unter  
anderer mehrere mittelgroße Redaktionen, wonach zwei Personen in der Friedrichs-  
stadt und im Stadtteil unter Choleraerkrankungen erkrankt  
seien. Die Redaktionen waren noch nicht sämtlich angefallen, als  
bereits die Redaktion mit einem polizeilichen Strafmandat von 30 M.  
wegen Verletzung grober Unfugs bestraft worden war, weil in Magde-  
burg Cholerafälle noch nicht wieder gemeldet sind. Natürlich wird  
hiergegen Berufung eingelegt werden. Denn wenn irgend, so hat  
auf dem freien Felde, wie gerade im August, die Befreiung der Politik  
auf dem vierten zu sein. Jede Vergrößerung bedeutet Gefahr, jede  
Verkleinerung Verarmung, indem das Publikum sich in durchweg unbegründeter  
Sicherheit einläßt und die notwendigen Präventivmaßregeln vernach-  
lässigt, unabsehbarer Unheil heraufzubekommen. In einem solchen  
Falle hat die Polizei die Pflicht, mit der Befreiung hand in Hand zu  
gehen, um das Publikum zu warnen, es vor allen Zerstörungen  
zu warnen und das Publikum zu halten. Der „**Volksstimme**“ gegenüber hat  
die Befreiung eine solche Pflicht nicht anzuerkennen ver-  
weigert; die „**Volksstimme**“ wird vielmehr schon deshalb gemäßigter,  
weil sie unter aller Reserve zwei Fälle anführt, von denen im Publikum  
gesprochen wird und betreffs deren Aufklärung bringen wir hat.  
Nun, die Aufklärung haben wir zu erhalten, allerdings hätte es der  
Würde des Polizeipräsidiums keinen Eintrag getan, wenn dieselbe

„Ich schlage sie zusammen; aber der ganze Jahresertrag  
meines politischen Zweigels geht mir voraus, und das  
schmerzt. Wenn er einem Wädel den Kopf verdrehen will,  
kann er es doch billiger haben; er kann mit dem Reichtum  
bleiben, ohne ihn wegzugehen, das habe ich ihm gründlich  
auseinandergelegt. Mit den Gläubigern meines Sohnes werde  
ich übrigens ein erntliches Wörtchen noch reden; worden  
Sie nur, die Hälfte müssen sie wenigstens herunterlassen,  
wenn sie sollen mich kennen lernen. Ach, die Kinder, die  
Kinder! Bis die einmal zur richtigen Erkenntnis des Lebens  
kommen! Meine Tochter ist auch nicht recht bei Verstand.“

„Fräulein Hermine, Herr Findeisen? Sie scherzen wohl?  
Denn alle Welt erklärt sie für eine der geistreichsten jungen  
Damen, die man in dieser Stadt kennen lernen kann, ein  
Mäuschen von Bildung, eine wahre Minerva in Rümpfen und  
Wissenschaften.“

„Oh Vertrauen zu Ihnen gesagt, Herr Professor, ist sie  
eine ordentliche Gans, wie ihre selige Mutter. Ich habe sie  
lernen lassen, was sie wollte, denn ich dachte: sie kann es  
haben, obwohl sie es keinesfalls gebrauchen kann. Ein echter  
Diamantenschnitt ist jenseitig imponierender, als die feinste  
Bildung. Inzwischen, ich dachte, sie kann es haben, ich ließ  
sie Pianoforte und Harfe, Englisch, Französisch, Italienisch  
lernen, ließ ihr Stunden in Literatur, Gesang, Zeichen und  
anderen brotlosen Künsten geben, deren Namen ich mir nicht  
einmal alle habe merken können; ich dachte, wenn es ihr  
auch nichts Besseres helfen kann, wird es ihr doch jeden-  
falls auch nichts schaden. Da bin ich aber schon ange-  
kommen! Seht sich das Mädchen romantische Ideen in den  
Kopf und schlägt die Hand des reichen Bankier Dnevolet  
aus, eine Hand, die er nur anzusehen braucht, um an  
jedem Finger eine Millionärin sitzen zu haben. Und warum?  
Warum? Können Sie sich das vorstellen, Herr Professor?“

„Nein, ich bin gänzlich außer Stande, Herr Findeisen.“

nicht auf einem Antragformular gefastet hätte. Wenn  
Nur an dem Mann kommt, wie z. B. in Hamburg, wird die Polizei  
wohl eher schon zu allen Dingen, also auch zu den Sozial-  
demokraten ihre Aufmerksamkeit nehmen müssen, um rasch und sicher alle  
Bewegungsmomente zu treffen, — und da von allen Parteien, wie  
sich eben erst wieder in Hamburg gezeigt einzig und allein die  
Sozialdemokraten die nötige Opferwilligkeit und Opferbereitschaft  
im Interesse des Gemeinwerts bekunden, während auch hier die Polizei-  
behörden genötigt sein, mit den besagten Sozialdemokraten Hand  
in Hand zu arbeiten.“

Das Vorgehen der Magdeburger Polizei zeigt nicht nur  
von tolleranter Fügigkeit, sondern davon, daß dieselbe die gegen-  
wärtige schwere Lage garnicht zu wüthigen vermag oder  
— will.

Die Magdeburger „**Volksstimme**“ hat schon einen Seiden-  
gefäßigen. Wegen groben Unfugs konfiszirt wurde am  
3. September die „**Zeitung Allg. Bg.**“ auf Veranlassung der  
Staatsanwaltschaft. Grund hierzu soll ein die Choleragefahr  
betreffender Lokalartikel gegeben haben, in welchem hervor-  
gehoben wurde, daß der Minister Dr. Brogiat „ein un-  
angenehmes Mittel“ zur Erzielung völliger Gesundheit bei  
etwa eintretender Cholera-Erkrankung“ bestimme, weshalb  
Kranken empfohlen wurde, sich sofort an Dr. Brogiat zu  
wenden.

**Staatsanwalt Komen macht Schule.** Das Depeschen-  
büro „**Hroth**“ berichtet aus Breslau, 6. September:

„Der Reichsanwalt der sozialistischen „**Volksstimme**“, Tiel, hatte sich  
vor der ersten Strafkammer wegen Vergehens gegen die Verant-  
wortung n. Vor der Vernehmung der Entlassungsgenossen verurtheilte Land-  
gerichtsdirektor Schmidt dieselben folgenmaßen: Es ist mir bekannt,  
daß die sozialistische Parteileitung ihren Mitgliedern empfohlen hat,  
überall hin, wo Sozialisten als Angeklagte vor Gericht stehen, Meinun-  
gen zu schreiben, um die Angeklagten zu entlasten. Der Verteidiger des  
Angeklagten protestirte energisch gegen diese Besetzung. Ein Gleiches  
that auch die zweite Kammer der „**Volksstimme**“. Sie schloß ihrem  
Urteil: „Landgerichtsdirektor Schmidt wird demnächst Gelegenheit  
haben, den Nachweis für seine Behauptung anzutreten.“

Nachdem über diese infame Verleumdung unserer Partei  
sich nachdrücklich alle anständigen Leute und Mütter in tadeln-  
werthe Weise geäußert haben, verlor es sich für uns wohl  
kaum mehr der Mühe, den aberranten Schwärzereien des Herrn  
Landgerichtsdirektors eine größere Aufmerksamkeit zu schenken.  
Was unsere Partei auf diese Wiederankündigung der alten  
Lüge zu erwidern hat, das werden unsere Breslauer Genossen  
in gebührender Weise besorgen.

Zwar nicht der „**Reichsanzeiger**“, aber doch die „**Nord-  
deutsche Allg. Bg.**“ beschäftigt in der neuesten Nummer  
eine telegraphische Meldung, daß beim 8. und 15. Arme-  
korps die diesjährigen **Kameränder** ausfallen. Zur Be-  
gründung wird das nähere angeführt, daß es unmöglich  
erscheine, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß durch  
das unvernünftige Zusammenströmen großer  
Menschenmengen zu den Manövern und Neuen un-  
günstige Gesundheitsverhältnisse in der Bevölkerung erzeugt  
würden.

Der **Geschäftsantimilitarismus** ist erfindlich. In  
antimilitärischen Kreisen war gemeldet worden behufs Ver-  
breitung einer Geldsumme zur Entbedung des württembergischen  
Möbels des kleinen Johann Geymann in Aalen. Ein  
Vertrag Antimilitarität macht jetzt den unverfrorenen Vor-  
schlag, die gesammelten Gelder mögen „einführen“ für Zwecke  
der antimilitärischen Propaganda verbraucht werden.  
Antimilitarismus!

**Die Moral unserer bürgerlichen Gesellschaft.** Aus  
Lyon kommt die Nachricht von einem argen Skandal, der sich  
im Irrenhaus von Bron zugetragen und der demnächst die  
Gerichte beschäftigen wird. Seit mehreren Jahren befand sich  
in der Anstalt eine Frau Coa, welche 35 Jahre alt, ruhiger,  
friedfertiger Gemüthsart, aber vollständig willenlos und geistig  
unmündig ist. Diese Frau genoß vor kurzem eines Kindes;  
dies wurde auf der Mutter angeordnet und auf den Namen  
des Dr. Coa eingetragen. Dieser aber lehnte die Vaterpflicht  
ab und hat eine gerichtliche Klage wegen der Verwahrung der  
Anstalt eingeleitet und von ihr 200 000 Francs Entschädigung  
für die Geisteskrankheit verlangt. Eine strenge Unter-  
suchung ist eingeleitet worden. Verächtlich erscheint das Ver-  
halten des dirigirenden Arztes der Anstalt, der den Zustand  
der Frau Coa seit Monaten kannte, aber dem Direktor keine  
Anzeige erstattete.

„Ja, es kann's auch sein Mensch lassen oder errotten:  
Denken Sie sich, sie schlägt den Bankier Dnevolet aus, weil  
sie eine kleine Peinigung für ihren Lehrer im Aalen, Herrn  
Eichenbach, empfindet. Ich weiß nicht, ob Sie den Menschen  
kennen?“

„Herr Eichenbach, unseren berühmten Landhofschafter?“

„Ja, ja; er malt so Bäume mit Flüßchen und Häusern.  
Komische Idee das; ein würtlicher Baum und ein würtliches  
Haus sind mir doch sehrmal lieber; ich begreife garnicht,  
wie manche Leute einen Haufen Geld für so eine Schmeichelei  
weggeben können. Wenn's noch so eine Frauenperson in  
naturra von Lizon wär, wozu ich einige Kopien habe  
machen lassen, oder so ein Zirkelgelehrter von Rubens und  
Bergleichen, das sieht man gern einmal mit an, und so etwas  
muß man auch anstehenhalten in seinem Wohnzimmer haben;  
aber gemalte Bäume und Berge? nein, das begreife ich  
in der That nicht.“

„Das sind Geschmacksachen, Herr Findeisen.“

„Ja wohl, das mag sein; aber daß man für einen solchen  
Maler eine besondere Zuneigung empfinden kann, das begreife  
wohl niemand.“

„Das möchte ich nicht gesagt haben, Herr Findeisen;  
warum sollte man für einen Maler nicht ebenbürtig Zuneigung  
empfinden, wie für jeden anderen?“

„Ein, es ist schmerzhaft; aber die Malerei ist doch im Grunde  
auch nichts weiter als Spielerei.“

„Das macht, Ihre Tochter ist eine Kunstkennerin, und Sie  
sind es nicht.“

„Mag sein, deswegen läßt man sich doch aber wohl lange  
nicht mit so einem winigen Künstler ein.“

„Herr Eichenbach ist ein weit und breit geschätzter Künst-  
ler.“ (Fortsetzung folgt.)





